Pressemitteilung

**An die
Vertreterinnen und Vertreter
der Presse**

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen
239/We-Pu

Berlin
15.12.2000

Sprecherinnentagung der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros 14./ 15.12.2000

Endlich Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit

Vom 1. Januar 2001 an haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit. Eine der Bundessprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros, die Frauenbeauftragte der Stadt Braunschweig, Maybritt Hugo: „Das ist modernes Arbeitsrecht: Es wird nicht nur mehr Flexibilität für Unternehmen geschaffen, sondern auch eine größere Zeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

Teilzeitarbeit auch in Führungspositionen!

Der Teilzeitananspruch verankert im Gesetz, dass sich Arbeitgeber und Beschäftigte an einen Tisch setzen und zu einer für beide Seiten vernünftigen Lösung bei der Arbeitszeitgestaltung gelangen. Die Folge ist, dass Teilzeitarbeit auch in qualifizierten Tätigkeiten und leitenden Positionen attraktiv wird. Männer werden ermutigt, Familie und Beruf besser miteinander in Einklang zu bringen. Kleiner Wermutstropfen allerdings: die Regelung gilt nur für Betriebe ab mindestens 15 Beschäftigten.

Weiterhin wird gesetzlich festgeschrieben, dass befristete Arbeitsverträge nur noch bei Neueinstellungen und für Beschäftigte ab dem 58. Lebensjahr abgeschlossen werden dürfen. Sie sind auf zwei Jahre begrenzt, damit sind „Befristungskarrieren“ künftig ausgeschlossen. Trotzdem können befristete Verträge als „Brücke in Dauerbeschäftigung“ von Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gleichermaßen genutzt werden.

Gesetzliche Regelungen bringen viele Vorteile mit sich!

Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung sind mit dieser gesetzlichen Regelung nicht länger Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse. Eine Schlechterstellung verbietet das Gesetz ausdrücklich. Das hat zur Folge, dass z.B. in Zukunft auch Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag einen anteiligen Anspruch auf Weihnachtsgeld haben oder an beruflicher Aus- und Weiterbildung teilnehmen können. „Eine solche Regelung war schon längst überfällig“ schließt Maybritt Hugo.

Christine Weiß
Geschäftsführerin der
Geschäftsstelle
der BAG kommunaler Frauenbüros